



Interview mit der katholischen Ordensschwester Ingrid Grave

Sind Kopftuch und Schleier ein «rotes Tuch»?

Schwester Ingrid Grave, bekannt als ehemalige Moderatorin der Sendung «Sternstunden» am Schweizer Fernsehen, äussert sich im folgenden Interview zum heiss diskutierten Thema «Kopftuch». Und sie warnt davor, religiöse Symbole gänzlich aus den Schulen zu entfernen.

Schwester Ingrid, was kommt Ihnen spontan in den Sinn, wenn Sie das Stichwort «Kopftuch» hören?

Zuerst denke ich spontan an muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen. An zweiter Stelle kommt mir in den Sinn, dass ich selber als Ordensfrau ja auch so etwas wie ein Kopftuch trage. Allerdings sprechen wir in diesem Zusammenhang nicht von Kopftuch, sondern von Schleier.

Wo liegt der Unterschied zwischen dem Schleier von Ordensfrauen und dem Kopftuch von muslimischen Frauen?

In der katholischen Kirche ist das Schleiertragen verbunden mit dem Eintritt in einen Orden, wobei mich meine Ordensgemeinschaft heute selber entscheiden lässt, wann ich das Ordenskleid tragen möchte und wann ich ohne Schleier unterwegs bin. Bei muslimischen Frauen habe ich allerdings den Eindruck, dass beim Tragen des Kopftuchs wenig Kompromisse möglich sind.

Das Bundesgericht hatte 1997 einer muslimischen Primarlehrerin untersagt, während des Unterrichts ein Kopftuch zu tragen. Finden Sie ein Kopftuchverbot in der Schule richtig, wenn man bedenkt, dass in manchen Schulen ja auch Ordensfrauen mit Schleier unterrichten?

Das Kopftuchverbot wirft für mich viele Fragen auf: Warum hat man es den Ordensfrauen über Jahrhunderte gestattet, an öffentlichen Schulen im Ordenskleid zu unterrichten?

Selbstverständlich lässt sich dies mit der Tradition der christlichen Kultur in unserer Gesellschaft erklären. Allerdings leben wir heute in einer multikulturellen Gesellschaft, und da finde ich es eigentlich unfair, wenn man christlichen Ordensfrauen etwas zugesteht, was man muslimischen Frauen verbietet.

Es wäre für Sie also vorstellbar, dass in unserer multikulturellen Gesellschaft auch eine muslimische Lehrerin mit Kopftuch unterrichten könnte?

Ja. Warum nicht? Das Tragen eines Kopftuchs heisst noch nicht, dass es sich um eine fundamentalistische Lehrerin handelt. Ich persönlich habe auch muslimische Frauen kennen gelernt, die sich aus persönlichen Gründen für das Kopftuch entschieden haben, aber aufgrund ihres Denkens keineswegs als fundamentalistisch einzustufen sind.



Bild: Schwester Ingrid Grave (rechts) beteiligte sich im März 2009 mit einem Transparenz an einer Kirchendemo in Luzern. Sie stand unter dem Motto «Auftreten statt austreten – wir sind eine offene Kirche».



Bei einer absoluten konfessionellen Neutralität an öffentlichen Schulen, wie sie gefordert wird, mussten konsequenterweise auch die Kruzifixe aus den Schulzimmern verbannt werden. Was halten Sie davon?

Ich bezweifle, dass es die richtige Methode ist, jedes religiöse Symbol aus den Schulen zu entfernen ...

Was schlagen Sie als Alternative vor?

Wenn eine Schulklasse stark durchmischt ist, könnte ich mir vorstellen, dass man im Schulzimmer neben dem Kreuz durchaus auch ein muslimisches Symbol zulassen durfte. Oder wenn es in der Klasse viele buddhistische Schülerinnen oder Schuler hat, wäre für mich auch ein buddhistisches Symbol denkbar. Nach meiner Meinung könnten verschiedene Religionen zum Zuge kommen, solange keine den Anspruch erhebt, allein gültig zu sein.

Sie meinen also, dass grundsätzlich verschiedene religiöse Symbole gleichberechtigt nebeneinander eingesetzt werden könnten?

Ich denke, dass man sich bei der konkreten Ausgestaltung eines Schulzimmers von Fall zu Fall absprechen musste. Ich möchte die Situation vergleichen mit der Bahnhofkirche in Zürich: Wir haben hier eine Kapelle, die von Christen eingerichtet wurde, in der wir aber auch einen muslimischen Gebetsteppich und einen siebenarmigen Leuchter finden, so dass hier im gleichen Raum nicht nur Christen, sondern auch Muslime oder Juden beten können. Ich bin nicht der Meinung, dass man überall in den Schulzimmern alle Symbole aufhängen sollte. Aber man sollte die Gelegenheit nutzen, um den Dialog zwischen den Religionen einzuüben. Das wäre auf jeden Fall besser als neue Gebote und Verbote einzuführen oder wegen einem Kopftuch- oder Kruzifix-Streit bis vor Bundesgericht zu gehen.

Text und Bild: Benno Bühlmann

Fragen zum Text:

- Wie denkt Schwester Ingrid Grave über die derzeit sehr emotional geführte Kopftuch-Debatte?
- Wo liegt aus Ihrer Sicht der Unterschied zwischen dem muslimischen Kopftuch und dem Schleier christlicher Ordensfrauen?
- Kommt beim Tragen des Kopftuches (bzw. des Schleiers) zwangsläufig eine konservative oder fundamentalistische Grundhaltung zum Ausdruck? Was lässt sich diesbezüglich über Schwester Ingrid Grave aussagen (die Bildlegende gibt einen Hinweis dazu)?
- Wäre das Prinzip der konfessionellen Neutralität an Schulen auch umsetzbar, ohne dass sämtliche religiösen Symbole aus den Schulzimmern entfernt werden mussten? Was wäre der Vorteil einer solchen Lösung?



Muslimische Frauen äussern sich zum Thema «Kopftuch»

Kampf gegen Vorurteile

Halide Hatipoglu ist muslimische Theologin und lebt in Zurich:

«In der Kopftuchdiskussion werden zwei Argumente aufgeführt, welche eine falsche Wahrnehmung dieser religiösen Vorschrift zeigen:
Erstes Vorurteil: Das Kopftuch sei ein 'politisches Zeichen' oder 'Zeichen des Fundamentalismus' oder 'Zeichen der Islamisten'. Es ist jedoch ganz normal, dass eine ganz liberal denkende muslimische Frau ein Kopftuch trägt, weil es eine religiöse Vorschrift ist. Oder umgekehrt gibt es 'fundamenta-listisch denkende' Frauen, die keine Kopftucher tragen.

Zweites Vorurteil: Das Kopftuch sei ein 'Zeichen der Unterdrückung der Frau'. Wir haben in der islamischen Welt Professorinnen, Ärztinnen, andere Akademikerinnen mit Kopftuchern, die auch ledig sind (damit man nicht sagt, dass ihr Mann oder ihr Vater es will und sie dadurch unterdrückt).

Diese Argumentationen entbehren jeglicher Grundlage. Aus diesem Grund kann ein Kopftuchverbot nur mit einer antireligiösen Ideologie begründet werden und nicht mit der 'Religionsneutralität' oder dem 'Laizismus'. Wenn man den muslimischen Frauen, die wegen ihres Glaubens und ihrer Überzeugung und mit freien Willen ein Kopftuch tragen wollen, dies verbietet, dann diskriminiert man die muslimische Frau, bevormundet und unterdrückt sie, zwingt sie, gegen ihr Gewissen zu leben und raubt ihr die religiöse Freiheit, welche in jedem 'modernen' und 'demokratischen' Staat durch die Verfassung sichergestellt werden sollte.»



Warum trage ich ein Kopftuch?

Hana Mehmedovic ist die Frau des bosnischen Imams (des Vorbeters) in Emmenbrücke:

«Ich fühle mich als eine gläubige Frau und trage ein Kopftuch, weil ich damit meinen Glauben zum Ausdruckbringen möchte. Es ist meine persönliche Entscheidung, ein Kopftuch zu tragen. Dabei halte ich mich an die Worte, die im Koran offenbart sind. In der Sure 33, Vers 59 steht: 'Oh Prophet! Sage deinen Frauen und deinen Töchtern und den Frauen der Gläubigen, dass sie ihre Übergewänder über sich ziehen sollen. Das ist eher dazu geeignet, dass sie erkannt und nicht belästigt werden.'

Diese Worte bedeuten für mich auch, dass das Kopftuch ein Zeichen der Würde und der Achtung gegenüber den Frauen ist. Leider gibt es immer noch viele Menschen, die auf dieses Kopftuch mit Vorurteilen reagieren. Oftmals bekommt eine muslimische Frau keine Arbeitsstelle, nur weil sie ein Kopftuch trägt. Mir persönlich ist es wichtig, dass die Leute mich als ganz normalen Menschen sehen, egal ob ich nun ein Kopftuch trage oder nicht. Ich habe eine erwachsene Tochter, die kein Kopftuch trägt. Und das respektiere ich, weil ich der Meinung bin, dass sie die Frage nach dem Kopftuch für sich selber entscheiden muss.»





Rechtliche Situation in der Schweiz

Religiöse Symbole an öffentlichen Schulen?

Rund um das Kopftuch von muslimischen Frauen und die Frage von Kruzifixen in Schulzimmern ist in Deutschland und Frankreich ein heftiger Streit entbrannt. Wie stellt man sich in der Schweiz zur Frage eines Verbotes von religiösen Symbolen an öffentlichen Schulen?

Unlängst hat das französische Bildungsministerium den Entwurf für ein neues Gesetz zum Verbot des Tragens «aufdringlicher» religiöser Symbole in der Schule veröffentlicht und damit bei einigen Vertretern der muslimischen und jüdischen Gläubigen einen Sturm der Entrüstung provoziert. Und auch in Deutschland hält der Streit um das islamische Kopftuch die Justiz in Atem: Das Bundesverfassungsgericht setzte sich mit der Frage auseinander, ob die muslimische Lehrerin Fereshta Ludin in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg übernommen werden muss, obwohl sie darauf besteht, auch im Unterricht ein Kopftuch zu tragen.

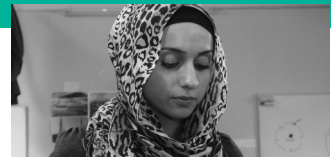
Zwei Bundesgerichtsentscheide

Auch in der Schweiz gibt es zur Frage nach dem Umgang mit religiösen Symbolen an öffentlichen Schulen bereits zwei Bundesgerichtsentscheide: So hat das Bundesgericht 1997 den Entscheid der Erziehungsdirektion des Kantons Genf bestätigt, welche einer islamischen Primarlehrerin untersagt hatte, während des Unterrichts ein Kopftuch zu tragen. In der Begründung wurde damals die konfessionelle Neutralität an öffentlichen Schulen in den Vordergrund gestellt: «Dieses Verbot entspricht einem überwiegenden öffentlichen Interesse (insbesondere der konfessionellen Neutralität und dem Religionsfrieden in der Schule) und ist verhältnismässig.» Ein weiteres Bundesgerichts-urteil aus dem Jahre 1990 befasste sich mit der Frage nach dem Anbringen eines Kruzifixes in den Schulzimmern einer Primarschule der Tessiner Gemeinde Cadro: Hier gab das Bundesgericht der klagenden Lehrperson Recht, die in der gemeindlichen Anordnung zur Anbringung von Kruzifixen in den Schulzimmern einen Verstoß gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit erblickte.



Wo liegt das Problem?

Bei der Diskussion rund um den Umgang mit religiösen Symbolen an öffentlichen Schulen liege das juristische Problem darin, dass sich hier zwei Grundrechtsinteressen einander gegenüberstehen, die gegeneinander abgewogen werden mussten, erklärt Felix Hafner, Professor für öffentliches Recht an der Universität Basel. Auf der einen Seite stehe das Interesse der Kopftuch tragenden Lehrerin, die sich auf ihre positive Glaubensfreiheit beruft. Auf der anderen Seite stehe das Interesse der Schulerinnen und Schuler (bzw. deren Eltern als Erziehungsberechtigten), welche die staatliche Neutralitätspflicht in religiösen und weltanschaulichen Fragen verletzt sehen. Was unter positiver Glaubensfreiheit zu verstehen ist, sagt uns die Bundesverfassung. In Artikel 15 der Bundesverfassung heisst es wörtlich: «Jede Person hat das Recht, ihre Religion und ihre weltanschauliche Überzeugung frei zu wählen und allein oder in Gemeinschaft mit anderen zu bekennen.» Das Bundesgericht habe das religiös begründete Tragen von bestimmten Kleidungsstücken grundsätzlich dem Schutzbereich der positiven Glaubensfreiheit zugeordnet, jedoch im Einzelfall aufgrund überwiegender öffentlicher Interessen entsprechende staatliche Bekleidungsverbote als gerechtfertigt erachtet.



Negative Glaubensfreiheit bedeutet laut Felix Hafner, dass «niemand gezwungen werden darf, einer Religionsgemeinschaft beizutreten oder anzugehören, eine religiöse Handlung vorzunehmen oder religiösem Unterricht zu folgen.» Die negative Glaubensfreiheit finde denn auch im bundesgerichtlichen «Kruzifixentscheid» und im «Kopftuchentscheid» ihren Ausdruck: «Im Kruzifixentscheid hielt das Bundesgericht fest, dass Schulerinnen und Schuler vor einer Beeinflussung durch religiöse Symbole zu schützen seien. Es hat deshalb das staatlich angeordnete Anbringen von Kruzifixen im Schulhaus einer Tessiner Gemeinde als Verstoß gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit erachtet.» Beim Kopftuchentscheid habe es das Bundesgericht zudem für zulässig gehalten, einer muslimischen Lehrerin das Tragen eines Kopftuches als «starkes religiöses Symbol» in der Schule zu untersagen, weil das öffentliche Interesse an der staatlichen Neutralität der Schule gegenüber dem positiven Grundrechtsinteresse der Lehrerin überwiege.

Schulerinnen dürfen Kopftuch tragen

Anders sieht die Situation aus, wenn das Kopftuchtragen nicht eine vom Staat angestellte Lehrperson, sondern muslimische Schulerinnen betrifft. In diesem Zusammenhang weist Gabriela Fuchs, Kommunikationsbeauftragte der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, auf ein Urteil des Neuenburger Verwaltungsgerichts aus dem Jahre 1999 hin: Das Gericht entschied in diesem Fall, dass «der Primarschulerin nicht untersagt werden darf, ein Kopftuch zu tragen».

Auch in einem erst kurzlich im Kanton Zürich herausgegebenen Papier mit «Empfehlungen» für den Umgang mit muslimischen Schulerinnen und Schülern an der Volksschule wird auf ein Verbot von Kopftuchern ausdrücklich verzichtet: «Die Volksschule des Kantons Zürich kennt keine Vorschriften zur Bekleidung der Kinder. Die Bekleidung liegt in der Verantwortung der Eltern.»

Differenzierte Regelungen gibt es in dem 2003 erschienenen Papier allerdings in der Frage nach der Dispensation vom Unterricht an hohen religiösen Feiertagen (Ramadan und Opferfest) oder bei der Frage nach der Teilnahme am Turn- und Schwimmunterricht. Hier kommt grundsätzlich eine Haltung des Respekts und der Rücksichtnahme gegenüber andersgläubigen Schulerinnen und Schülern zum Ausdruck.

Unterscheidung der Ebenen

Wolfgang Lienemann, Ethik-Professor an der Christkatholischen und Evangelischen Theologischen Fakultät der Universität Bern, plädiert im Umgang mit dem Kopftuch ebenfalls für eine klare Unterscheidung der verschiedenen Ebenen: «Es ist ein entscheidender Unterschied, ob das Tragen von religiösen Symbolen in den Privatbereich einer Person gehört oder ob jemand bei der Ausübung einer Amtsfunktion, etwa als Lehrperson oder RichterIn, ein Kopftuch trägt.» Als wichtigen Aspekt in der Entscheidungsfindung sieht Lienemann auch das Kriterium des religiösen Friedens, der durch religiöse Symbole nicht beeinträchtigt werden soll. Allerdings ist der Ethik-Professor der Ansicht, dass auch ein laizistisch geprägter Staat in der Frage der religiösen Symbole durchaus noch etwas mehr an «religiöser Offensive» zulassen durfte, vorausgesetzt, dass unter den verschiedenen Religionen am Grundsatz der Gleichberechtigung und der Rechtsstaatlichkeit festgehalten werde.

Text: Benno Buhlmann

Fragen zum Text:

- Was hat das Bundesgericht in der Schweiz zur Frage nach dem Umgang mit religiösen Symbolen an öffentlichen Schulen entschieden? Wie wurden die beiden Entscheide begründet?
- Wo liegt der Unterschied zwischen «positiver» und «negativer Glaubensfreiheit»? Warum ist eine solche Unterscheidung sinnvoll?
- Nach welchem Kriterium sollten nach Auffassung von Prof. Wolfgang Lienemann die strittigen Fragen entschieden werden? Was meint er genau, wenn er vom «Grundsatz der Gleichberechtigung und der Rechtsstaatlichkeit» spricht?